

rungskommission. Erst im Herbst 1921 – und damit später als im Deutschen Reich – beschränkte die Arbeitsordnung der Administration des Mines Domaniales de la Sarre die tägliche Arbeitszeit unter Tage auf 7,5 Stunden. Wie aus der Graphik auf Seite 31 ersichtlich, verzeichneten die saarländischen Gruben im Jahr 1924 ihren Förderhöchststand, da nach dem Ruhrkampf des vorangegangenen Jahres verstärkter Kohlenbedarf herrschte¹⁰².

Basierend auf dieser ökonomischen Machtposition lassen sich in der Zwischenkriegszeit drei Phasen der französischen Saarpolitik mit jeweils fließenden Übergängen nachzeichnen¹⁰³: In den ersten Jahren bis 1926 bauten die Vertreter Frankreichs noch auf die Strategie von „Zuckerbrot und Peitsche“, die ihnen helfen sollte, entweder das bevorstehende Plebiszit für sich entscheiden oder die Versailler Regelung durch ein vorzeitiges Abkommen zu ihren Gunsten revidieren zu können¹⁰⁴. Während unmittelbar nach Einzug der Besatzungstruppen die Meinung dominierte, aufgrund der noch immer vorhandenen Frankophilie der Saarländer leichtes Spiel zu haben, richteten sich die an die Saar delegierten Akteure bald auf eine längere und beschwerlichere Auseinandersetzung ein¹⁰⁵. Zwischenfälle wie der Streik der Bergarbeiter 1923 trugen maßgeblich zu dieser Neuorientierung der französischen Saarpolitik bei. Im Zuge der Entspannung zwischen Berlin und Paris und spätestens nach dem eindeutigen prodeutschen Bekenntnis der Saarbevölkerung anlässlich der Jahrtausendfeier 1925 mußten Ambitionen auf den dauerhaften Besitz der Saar als nicht mehr realisierbare Illusionen zu den Akten gelegt werden. Was folgte, war eine Politik der Besitzstandswahrung¹⁰⁶, d.h. die durch den Versailler Vertrag eingeräumten wirtschaftlichen Vorrechte sollten durch bilaterale Abkommen über die vorgesehene 15jährige Frist hinaus gesichert werden. Mit der Einstellung des Bergarbeiterstreiks in England, der Beseitigung der Kriegsschäden und der daraus resul-

¹⁰² Vgl. SWS 9 (1934), S. 13–17; HELLWIG: Saar zwischen Ost und West, S. 41–59. Selbstverständlich gingen die Veränderungen bei Förderung und Absatz zwischen 1913 und 1919 nicht so linear von statten, wie dies die Graphik suggeriert. Auf diese Weise zeigt sich allerdings die Umkehr des Kohlenabsatzes am deutlichsten: Während vor dem Krieg über ein Drittel der an der Saar geförderten Kohlen ins Deutsche Reich (ohne Elsaß-Lothringen) gingen und nur ein Fünftel nach Westen exportiert wurde, brach der Absatz nach Deutschland Anfang der zwanziger Jahre fast gänzlich zusammen und stabilisierte sich auf niedrigem Niveau (6–9%), während Frankreich ab 1920 der größte Abnehmer mit einem Anteil von bis zu 40% (1926) war. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Einführung des Francs an der Saar bzw. die steigende Inflation im Reich.

¹⁰³ Vgl. LEMPERT, S. 49–121. Aus zeitgenössischer Sicht: HEROLD/ NIESSEN/ STEINBACH; MAYER: Französische Politik, S. 26–91; MAYER-GWENSEN, S. 51–84.

¹⁰⁴ Vgl. Note der Direction des Affaires Politiques et Commerciales (06.02.20), in: MAE, Sarre 149.

¹⁰⁵ Vgl. hierzu die beiden unterschiedlichen Einschätzungen des „Service d’Alsace et Lorraine“ (Brief an das französische Außenministerium (30.05.19), in: MAE, Sarre 1) und Victor Raults (Brief an das französische Außenministerium (08.03.20), in: MAE, Sarre 4).

¹⁰⁶ Nichtsdestotrotz unternahm Frankreich ab etwa 1928 den Versuch, zumindest einige Gebiete links der Saar wie die Gegend um Saarlouis und den kohlenreichen Warndt dauerhaft Frankreich anschließen zu können: Vgl. Brief Morizes an Außenminister Briand (31.12.28), in: MAE, Sarre 14; „Negociations eventuelles avec l’Allemagne“ (13.05.29), in: Ebd.